

Aus der Orthodoxen Kirche in der Türkei

Patriarch Bartholomaios weiht restaurierte Kirche in Kappadokien

Die Stadt Gülşehir in Kappadokien - das historische Zoropassos der griechischen, römischen und byzantinischen Zeit - hat auf eigene Kosten eine devastierte orthodoxe Kirche restauriert. Der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I. feierte dort Mitte Mai einen Neueinweihungsgottesdienst. Dazu wurden zahlreiche orthodoxe Christen aus der Türkei wie auch aus Griechenland erwartet.



Gülşehir pflegt einen regen Austausch mit dem griechischen Thessaloniki. Dort hatten sich viele der christlichen Bewohner der Stadt nach dem Bevölkerungsaustausch von 1923 im Zuge des Vertrags von Lausanne niedergelassen. Die Stadtverwaltung von Gülşehir hat die Dimitrios-Kirche, die 1902 von orthodoxen Bewohnern errichtet wurde und nach dem Bevölkerungsaustausch verfallen war, in jüngster Zeit mit eigenen Mitteln restauriert, um Besucher aus Griechenland anzuziehen.



Sonstige Kirchenrestaurierungen in der Türkei finden je nach Eigentumsverhältnissen in Verantwortung der staatlichen Behörden oder der Kirchen selbst statt. Die 9.000-Einwohner-Stadt rechnet in diesem Jahr mit bis zu 6.000 griechischen Besuchern.

Grundsatzurteil zur erweiterten Religionsfreiheit

Der Beauftragte des türkischen Staates für die religiösen Minderheiten in der Dachorganisation der Stiftungen, Laki Vingas, hat ein im April ergangenes Grundsatzurteil zur erweiterten Religionsfreiheit begrüßt. Demnach darf das orthodoxe Ökumenische Patriarchat Schulgebäude auch für andere Zwecke als den Unterricht benutzen. Endlich könnten die Gebäude nun von der Gemeinde als Kulturräume, Weiterbildungsstätten oder Gästehäuser genutzt werden, sagte Vingas.

Wie der Nachrichtensender NTV meldete, soll das Grundsatzurteil, das sich auf zwei verwaiste Schulen bezog, nach Angaben des Bildungsministeriums auch für 13 weitere orthodoxe Schulen in der Stadt gelten, in denen teils seit Jahrzehnten kein Unterricht mehr stattfindet.

Die griechisch-orthodoxen, armenischen und jüdischen Gemeinden der Türkei erhielten nach dem Lausanner Vertrag von 1923 das Recht auf eigene Minderheitsschulen. Insbesondere die griechisch-orthodoxe Gemeinde von Istanbul, die seither von über 100.000 auf heute kaum 2.500 Angehörige geschrumpft ist, hat aber längst keinen Bedarf mehr an vielen dieser Schulen: Für die heute noch 220 griechischen Schüler in Istanbul gibt es über 40 Schulen. "Im Stadtbezirk Kadıköy haben wir nur noch einen einzigen Grundschüler, auf den Prinzeninseln sind es zwei," sagte Vingas.

Weil die Nutzung der Schulgebäude, obwohl Gemeindebesitz, bisher gesetzlich zweckgebunden war, mussten die Gemeinden die leeren Schulen weiter tragen und konnten sie nicht für andere Zwecke nutzen.

Ankara, 06.04.11 / 12.05.11 (KAP)